ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Levcik, Friedrich

Article

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West in den achtziger Jahren

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Levcik, Friedrich (1989) : Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West in den achtziger Jahren, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 15, Iss. 1, pp. 97-108

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332291

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West in den achtziger Jahren*

Ein Jahrzehnt der Instabilität oder neuer Einsichten?

Friedrich Levcik

Mitte der siebziger Jahre waren die „goldenen Zeiten" einer einmaligen Expansion des Ost-West-Handels zu Ende, und dunkle Wolken brauten sich am wirtschaftlichen und politischen Horizont zusammen. Ein paar Jahre später waren die weltwirtschaftlichen Handels- und Finanzbeziehungen bereits ernsten Schwierigkeiten ausgesetzt, und die politischen und wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen sowie die wirtschaftlichen und politischen Strukturen einiger RGW-Länder steckten in einer veritablen Krise. Zur Zeit erleben wir eine kräftige Belebung der Weltwirtschaft, in den politischen Beziehungen der Supermächte eine Wende von Konfrontation zum Dialog und zur Kooperation, und zugleich sind wir auch Zeugen einiger ermutigender Zeichen der Belebung in den Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen.

Sichtlich gibt es einen engen Zusammenhang zwischen den politischen und wirtschaftlichen Ost-West-Beziehungen. Darüber hinaus unterliegen auch die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Ost und West den Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft.

Hinzu kommen noch zusätzliche spezifische Momente, die durch die unterschiedlichen Funktionsweisen von marktwirtschaftlich und planwirtschaftlich gesteuerten Systemen geprägt sind. Im Zusammenspiel dieser drei Komponenten entwickelten sich die Handels- und Finanzbeziehungen zwischen Ost und West seit Beginn der siebziger Jahre in

* Vortrag bei Internationalem Symposium des Österreichisch-Französischen Zentrums aus Anlaß seines 10jährigen Bestehens, Wien, 20.–22. Oktober 1988

deutlich unterschiedlichen Phasen, deren Charakterisierung einem Lehrbuch der Psychoanalyse entnommen sein könnte: Euphorie, Melancholie, krisenhafte Depression und letztlich neuer Auftrieb und Hoffnung.

Die Entwicklung der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen bis 1985

Im günstigen politischen und wirtschaftlichen Klima der späten sechziger und der ersten Hälfte der siebziger Jahre entwickelte sich der Ost-West-Handel mit zweistelligen jährlichen Zuwachsraten, noch dynamischer als andere regionale Handelsströme. Politisch gesehen war dies die Zeit der Détente, deren einzelne Etappen durch die Unterzeichnung des Salt-I-Vertrages, durch die Ostverträge der Bundesrepublik Deutschland mit mehreren osteuropäischen Ländern, der Paraphierung der amerikanisch-sowjetischen Handelsverträge und noch früher durch die Bemühungen des gaullistischen Frankreichs um eine konstruktive Politik der Zusammenarbeit mit der UdSSR charakterisiert werden können. Der Höhepunkt wurde durch die Unterzeichnung der Schlußakte der KSZE-Konferenz in Helsinki erreicht. Selbst das gewaltsame Ende des Prager Frühlings durch die militärische Intervention der Warschaupaktstaaten in der Tschechoslowakei und der noch andauernde Krieg in Vietnam hat das durch die Détente geprägte Ost-West-Verhältnis kaum getrübt.

Begleitet wurde diese günstige politische Entwicklung durch ebenfalls günstige wirtschaftliche Faktoren: kräftiges Wirtschaftswachstum im Westen und Osten, Vollbeschäftigung, zunächst noch niedrige Preise von Energie und Rohmaterial, Liberalisierung im Welthandel u. a. m. Allerdings blieb diese im allgemeinen äußerst günstige Szene nicht lange ohne Eintrübungen. In den östlichen Planwirtschaften zeigten sich die ersten Wachstumsbarrieren eines bis dahin vorwiegend extensiven Wirtschaftsmusters, die Inflationserscheinungen in den westlichen Marktwirtschaften beschleunigten sich, und das Währungssystem der festen Wechselkurse von Bretton Woods konnte den inneren Spannungen nicht mehr standhalten. Mit dem ersten Ölpreisschock wurde die insgesamt positive Wirtschaftsentwicklung beendet.

In dieser ersten Hälfte der siebziger Jahre wuchsen die Exporte der OECD-Länder nach der europäischen RGW-Region wertmäßig um rund 32 Prozent, die Importe jedoch „nur" um etwa 23 Prozent im Jahresdurchschnitt. Die durch das ungleichmäßige Wachstum der Handelsströme entstandenen Handelsdefizite des Ostens erhöhten sich dramatisch nach der infolge des Ölpreisschocks einsetzenden westlichen Rezession.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hielt zunächst das günstige politische Klima der Détente noch an. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatten sich aber grundlegend verschlechtert. Rezession und Stagflation in den Industriestaaten und grundlegende Veränderungen der Austauschbedingungen (terms of trade) im Welthandel charakteri-

sierten diese Phase, die nach kurzer Erholung durch den zweiten Ölpreisschock einen neuen Rückschlag erlitt.

Die Wachstumsraten im Ost-Westhandel verlangsamten sich und blieben hinter der Entwicklung des Welthandels zurück. Die Ungleichgewichte im Ost-West-Handel begannen sich ungünstig auszuwirken. 1975 und 1976 erreichte das Handelsbilanzdefizit des RGW 11,4 bzw. 10,4 Milliarden US-$. Der Sowjetunion gelang es dank der hohen Energiepreise, das Defizit von fast 5 Milliarden US-$ allmählich abzubauen und 1980 die Handelsbilanz gegenüber dem Westen auszugleichen. Demgegenüber hielten sich die Handelsbilanzdefizite Osteuropas auf dem hohen Niveau von etwa 6 Milliarden US-$. Zu dieser Zeit konnten die Handelsbilanzdefizite der osteuropäischen Länder problemlos mittels relativ billiger und zum großen Teil mit staatlichen Bürgschaften versicherter Kredite finanziert werden. Bremsende Maßnahmen wurden von seiten der osteuropäischen Länder nur zögernd unternommen.

Erst seit 1979 wurden die meisten osteuropäischen Länder zu grundlegenderen wirtschaftsstrategischen Veränderungen gezwungen. Neben den Auswirkungen des zweiten Ölpreisschocks wurden sie dazu auch durch die Position der UdSSR, die Höhe der Energielieferungen nach Osteuropa in der ersten Hälfte der achtziger Jahre auf den Stand des Jahres 1980 einzufrieren, veranlaßt. Im übrigen machte die UdSSR von dieser bereits eingeschränkten Lieferverpflichtung später weitere Abstriche. Zugleich verschärfte sich die Rezession im Westen, sodaß schon wegen der schwachen Nachfrage die Exporthoffnungen Osteuropas empfindlich enttäuscht wurden. Die monetaristische Reaktion auf die Ölpreisexplosion, welche der drohenden Inflation entgegenwirken sollte, trieb die Zinssätze auf den internationalen Geldmärkten hinauf, was die angespannte Zahlungsbilanzsituation der meisten osteuropäischen Länder noch weiter belastete.

Die Realverzinsung für internationale Schulden stieg, auch als Folge der amerikanischen Budgetdefizite und der fallenden Dollarpreise im Welthandel, auf 14,8 Prozent im Durchschnitt 1980–85. Die Zinszahlungen der Oststaaten konnten nicht mehr – wie in den siebziger Jahren – durch andere Dienstleistungsposten in der Leistungsbilanz ausgeglichen werden. Da eine Exportausweitung infolge eigener Wettbewerbsschwäche und geringer Nachfrage auf den rezessionsgeplagten westlichen Märkten schwer möglich war, blieb den osteuropäischen Ländern keine andere Wahl als strenge Importbeschränkungen und Wachstumsverzicht. Es wäre eine einseitige Betrachtung, wenn man die Stagnations- und Krisenerscheinungen in den RGW-Ländern zu Beginn der achtziger Jahre lediglich mit den ungünstigen Außenwirtschaftsbeziehungen erklären wollte. Hinzu kamen systemimmanente Ursachen, die zyklische Verlangsamungen und die allgemeine geringe Effizienz des Systems hervorriefen, die die direktive und detaillierte Form der zentralen Wirtschaftsplanung in den sozialistischen Ländern heute überhaupt in Frage stellen. Der Ernst der Wirtschaftskrise in den RGW-Ländern zu Beginn der achtziger Jahre ist eben aus der Verflechtung

der internen Faktoren des Systems mit der negativen Entwicklung der Weltwirtschaft und den ungünstigen wirtschaftlichen Außenbeziehungen dieser Länder zu erklären.

Das Ende der siebziger und der Beginn der achtziger Jahre wurde durch *ungünstige politische Entwicklungen*, insbesondere zwischen den beiden Führungsmächten begleitet: Der Salt-II-Vertrag wurde in den Vereinigten Staaten nicht ratifiziert, es folgte die Invasion Afghanistans durch die Sowjetunion, die Olympischen Spiele in Moskau und Los Angeles wurden gegenseitig boykottiert, und insbesondere der Rüstungswettlauf wurde angeheizt.

In Polen wurde nach Unruhen und Streiks, die durch die sich rapide verschlechternde wirtschaftliche und soziale Lage hervorgerufen wurden und in deren Folge die erste unabhängige Gewerkschaftsbewegung im Ostblock verboten wurde, das Kriegsrecht ausgerufen. Es folgten US-Sanktionen gegen Polen und die UdSSR.

Die Folge dieser ungünstigen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen war eine kontinuierliche Schrumpfung des Ost-West-Handels, insbesondere der westlichen Exporte nach dem Osten.

Die OECD-Exporte nach den europäischen RGW-Ländern sanken zwischen 1981 bis 1985 um 4,4 Prozent, die Importe aus den Oststaaten um 1,8 Prozent im Jahresdurchschnitt. Die osteuropäischen Länder standen unter einem bedeutend größeren Zwang als die Sowjetunion, ihre Importe aus dem Westen zu kürzen, da ihre Verschuldungs- und Zahlungsbilanzsituation viel schwieriger war. So sanken die Westimporte der osteuropäischen Länder in dieser Zeitspanne um durchschnittlich jährlich 9 Prozent, die Importe der Sowjetunion nur um 0,6 Prozent p. a. Bei den Exporten nach dem Westen verringerten sich die osteuropäischen Exporte in diesem Zeitraum um 2,8 Prozent, die der UdSSR um 1,1 Prozent im Jahresdurchschnitt.

In engem Zusammenhang mit der negativen Entwicklung des Ost-West-Handels ist die Verschuldung und die Zahlungsfähigkeit einiger RGW-Länder in dieser Zeit zu sehen. Mit einer Bruttoverschuldung des RGW und Jugoslawiens von 110 Milliarden $ gegen Ende 1980 lag das Verhältnis von Verschuldung zu Exporten bei 170 Prozent, d. h. etwa so wie heute bei den Entwicklungsländern (Tabelle 1).

Die bereits 1979 einsetzenden Importbeschränkungen konnten vorerst noch nicht zur Wirkung kommen. Als erstes geriet Polen in Schwierigkeiten. Obwohl die UdSSR Ende 1980 und Anfang 1981 eine Finanzhilfe von fast einer halben Milliarde Dollar gewährte, mußte Polen die Bedienung seiner Schulden (Zahlung von Fälligkeiten und Zinsen) einstellen und bei den westlichen Kreditgebern um Umschuldung ansuchen. Es folgte Rumänien, während Ungarn seine Liquiditätsprobleme 1982 durch eine Serie von Überbrückungskrediten durch Nationalbanken, die BIZ und dem IMF überwinden und dadurch eine formelle Umschuldung vermeiden konnte.

Auch die übrigen osteuropäischen Länder waren durch die einsetzende Kreditsperre westlicher Banken gezwungen, durch forcierte Hartwährungsexporte (von Ölprodukten) und radikale Importbe-

schränkungen entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Zugleich mußten in der heimischen Volkswirtschaft, insbesondere im Energieverbrauch, Substitutionsstrategien entwickelt werden. Zwischen 1980 und 1983 gelang es den sechs osteuropäischen Ländern, vorwiegend durch administrative Maßnahmen, den Verbrauch von Erdöl um 12 Prozent zu verringern und auf andere Energieträger umzusteigen. Diese Energiepolitik sollte sich in der Folge als problematisch erweisen.

Der Einsatz von Erdgas, von der UdSSR nicht nur für die Inlandsnutzung, sondern auch als Deviseneinnahme in konvertiblen Währungen und für die Nutzung durch die anderen RGW-Staaten gedacht, erfüllte nur zum Teil die in diesen Energieträger gesetzten Hoffnungen. Die großen Erwartungen, die in den Ausbau der Nuklearenergie gesetzt wurden, mußten sich seit der Katastrophe von Tschernobyl als trügerisch erweisen; und die Forcierung des Einsatzes von Braunkohle in der DDR und in der Tschechoslowakei war mit schwer reparierbaren Umweltschäden verbunden.

Der einzige Lichtblick in dieser für die Oststaaten schwierigen Zeit war die wesentliche Verbesserung der Handels- und Leistungsbilanzen und auf Grund dessen die Verbesserung der Hartwährungsverschuldung. Zwischen 1980 und 1984 verbesserte sich die Handelsbilanz des RGW von einem Defizit von fast 3,5 Milliarden $ auf einen beachtlichen Überschuß von 6,4 Milliarden $ und die aggregierte Leistungsbilanz auf einen positiven Saldo von fast 5 Milliarden $ (Tabellen 2 und 3). Die Nettoverschuldung der 7 RGW-Staaten sank von 78 Milliarden $ im Jahre 1980 (und sogar 80 Milliarden $ 1981) auf 63,5 Milliarden $ im Jahre 1984. Dieses Jahr brachte eine Wende in der internationalen Konjunkturlage. In den OECD-Ländern stieg die Nachfrage nach Importen aus Osteuropa beträchtlich an, und seit langer Zeit konnte Osteuropa wieder Marktanteile in den westlichen Industriestaaten gewinnen. Importe aus der UdSSR stiegen gleichfalls, aber infolge der sinkenden Tendenz der Ölpreise beträchtlich langsamer als die Gesamtimporte der OECD-Länder. Die OECD-Exporte in die RGW-Länder waren in diesem Jahr noch immer rückläufig, da eine weitere Verbesserung der Leistungsbilanzen in den RGW-Ländern den Vorrang hatte. Erstmals seit den Krisenjahren wurde jedoch der Zugang zu neuen Krediten für die RGW-Länder wieder wesentlich leichter. 1984 konnten sie bereits 3,3 Milliarden $ syndizierter Kredite aufnehmen.

Diese Entwicklung führte in den meisten RGW-Ländern zu einer Lockerung der Importbremse. Selbst als 1985 die Industrieproduktion in den ersten Monaten infolge starken Schneefalls und durch Frost zurückging und trotz günstiger Nachfrage im Westen die Exporte nach dem Westen gegenüber dem guten Vorjahr rückläufig waren, stiegen die OECD-Exporte nach Osteuropa um fast 8 Prozent und 1986 fast um 19 Prozent. Diese ungleichgewichtige Entwicklung des Ost-West-Handels führte naturgemäß zu einem neuen Anstieg der Verschuldung, wenn auch der weitaus größere Teil des Zuwachses der Nettoverschuldung um $ 29 Milliarden auf die Abwertung des Dollars gegenüber den westeuropäischen Währungen, in denen die neuen Kreditaufnahmen

größtenteils erfolgten, zurückzuführen sind. Verschlechtert hat sich die Lage für jene Länder, die von Exporten von Erdöl und Ölprodukten nach dem Westen abhängig sind. Durch den Rückgang der Ölpreise und die Abwertung des Dollars hat die UdSSR in 1985 und 1986 (in DM gerechnet) ca. 50 Prozent ihrer Kaufkraft verloren. Rumänien und die DDR, deren Anteil von Erdölexporten beträchtlich ist, mußten gleichfalls Einbußen hinnehmen. Durch große Exportanstrengungen gelang es ihnen jedoch, weiterhin positive Leistungsbilanzen vorzuweisen.

In der Zwischenzeit hat sich die *politische Komponente* der Ost-West-Beziehungen grundsätzlich zum Besseren gewendet. In der Sowjetunion kam mit dem Führungsantritt Gorbatschows Bewegung in die erstarrten Strukturen der Innen- und Außenpolitik. Um einen Spielraum für die überfälligen wirtschaftlichen und politischen Reformen zu gewinnen, zu denen sich Gorbatschow verpflichtet hatte, war die Sowjetunion zum Dialog und zu wirklichen Konzessionen in Fragen der Rüstung, regionaler Konflikte und der Menschenrechte bereit. Auch die USA unter Ronald Reagan begann, Vorteile in Verhandlungen statt Konfrontation mit der Sowjetunion zu sehen, zumal das durch Steuererleichterungen und gewaltige Rüstungsausgaben überbordende doppelte Defizit von Budget und Leistungsbilanz zu schaffen machte.

So kam es zu den wiederholten Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem Generalsekretär der KPdSU Gorbatschow, die wesentlich zur allgemeinen Klimaverbesserung zwischen West und Ost beigetragen haben. Erfolge im politischen Bereich, wie der Abschluß und Ratifizierung des INF-Vertrages und der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan, führen auch zu geänderten Standpunkten im wirtschaftlichen Bereich. Sowohl bei Unternehmen und Banken als auch in den handelspolitischen Erwägungen der US-Administration werden wieder Vorteile in einem verstärkten Handel mit der Sowjetunion und Osteuropa gesehen, die zu einer Lockerung des amerikanischen und internationalen Exportkontrollsystems führen können. Diese Signale aus den USA werden von den westeuropäischen Verbündeten, die den Konfrontationskurs der ersten Administration Reagan nur widerwillig und mit Besorgnis mitgetragen haben, wohltuend vermerkt.

Entwicklungsmöglichkeiten der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen

Beginnen wir mit den Erwartungen für die nähere Zukunft. Hier sind die von außen einwirkenden Bestimmungsfaktoren bereits gegeben. Das politische Klima weist weiterhin in die Richtung von konstruktivem Dialog und Kooperation zwischen Ost und West. Die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen können sich auf dem Hintergrund einer allgemein günstigen Wirtschaftskonjunktur in den westlichen Industriestaaten entwickeln.

Das bedeutet nicht, daß die Weltwirtschaft ohne größere Probleme wäre. Die Verschuldung der Dritten Welt und der damit verbundene

wirtschaftliche und soziale Niedergang gerade der ärmsten Entwicklungsländer ist weiterhin ungelöst. Die im Sommer lange anhaltende Dürre in den USA und die schlechtere Ernte in der UdSSR führten zur Getreideknappheit und hohen Preisen auf den Weltmärkten, die auch in der Relation Ost/West nicht ohne Auswirkungen bleiben werden. Aber es überwiegen die positiven Seiten der exogenen Komponenten, die auch den Verlauf des Ost-West-Handels in der näheren Zukunft bestimmen.

Unter dem Einfluß des günstigeren politischen Klimas und der guten Konjunktur in den westlichen Industriestaaten hat sich der Ost-West-Handel bereits 1987 relativ günstig entwickelt. Insgesamt konnten die RGW-Länder ihre Exporte nach dem Westen um 14,5 Prozent steigern, während ihre Importe nur um 3,1 Prozent wuchsen. Nach einem Leistungsbilanzdefizit von 2,9 Milliarden $ im Vorjahr wurde 1987 ein Überschuß von 3,1 Milliarden $ erzielt. So konnte die aggregierte Leistungsbilanz des Ostens (einschließlich Jugoslawien) 1987 um 6 Milliarden $ verbessert werden. Der größere Teil der Verbesserung entfällt auf die Sowjetunion, aber auch Jugoslawien, Ungarn und Bulgarien sowie im geringeren Ausmaß Polen haben dazu beigetragen. Auch im laufenden Jahr 1988 haben die Oststaaten bei günstiger westlicher Konjunktur die Möglichkeit genutzt, ihre Hartwährungseinnahmen zu steigern. Allerdings sind auch die Einfuhren aus den westlichen Industriestaaten verstärkt gestiegen.

Vom Standpunkt der Leistungsbilanzsituation stehen nur Bulgarien und Ungarn, nach der letzten Streikwelle wahrscheinlich auch Polen unter dem Druck, ihre Importe aus dem Westen zu kürzen. Die übrigen RGW-Länder wären in der Lage, pari passu ihre Importe mit etwa gleichen Wachstumsraten zu steigern, wie die Exporte nach dem Westen. Verschiedene Prognosen, u. a. die der ECE (Genf), rechnen in den nächsten Jahren mit einem Wirtschaftswachstum in den westlichen Industrieländern von über 2,5 Prozent im Jahresdurchschnitt.

Erfahrungswerte haben ergeben, daß bei einem solchen Wachstum die Oststaaten imstande sein müßten, ihre Exporte nach dem Westen real um mehr als 4 Prozent p. a. zu steigern. In etwa gleichem Ausmaß könnten auch die Importe aus dem Westen wachsen, abgesehen von den obengenannten RGW-Ländern, die ihre Importe noch kurzfristig einbremsen müßten, um die Leistungsbilanzen unter Kontrolle zu bringen.

Zu den positiven Momenten, die den Verlauf der Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in der näheren Zukunft beeinflussen können, ist die Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen der EG und RGW zu rechnen. Die im Juni 1981 unterzeichnete gemeinsame Erklärung der EG-Kommission und des RGW-Sekretariats und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Organisationen haben den Weg für bilaterale Abkommen zwischen einzelnen RGW-Ländern und der EG-Kommission freigegeben. Ein Abkommen mit Ungarn, welches die Aufhebung von quantitativen Beschränkungen für ungarische Waren in den nächsten zehn Jahren vorsieht, ist im September 1988

unterzeichnet worden, über andere Abkommen wird verhandelt. Im Dezember 1988 wurde ein Abkommen mit der ČSSR unterzeichnet, welches allerdings weniger konkrete Maßnahmen vorsieht.

Die Chancen für westliche Exporteure stehen 1989 daher auch nicht schlecht, und es ist zu erwarten, daß sich auch das Kreditgeschäft auf dem belebten Niveau halten wird. Allerdings bleiben die strukturellen Ungleichgewichte in der Warenzusammensetzung des Ost-West-Handels weiterhin ungelöst.

Bei Fertigprodukten, insbesondere bei Produkten mit einem hohen Technologieinhalt, deren Erzeugung auf den westlichen Märkten mit überdurchschnittlichen Raten wächst, sind die RGW-Länder zum großen Teil nicht wettbewerbsfähig. Selbst die industriell entwickeltsten, wie die DDR und die Tschechoslowakei, verlieren weiterhin Marktanteile in diesen Sparten. So können die Oststaaten die gute Konjunktur im Westen meistens nur bei Rohstoffen, Energieträgern und bearbeiteten Halbprodukten nutzen, mit der Gefahr, bei einem Abflauen der guten Geschäftslage wieder aus dem Markt gedrängt zu werden.

In *weiterer Perspektive* müssen wir, zusätzlich zu den politischen Momenten der Ost-West-Beziehungen und der Lage der Weltwirtschaft, eine weitere Komponente ins Spiel bringen: nämlich die Wandlungsfähigkeit der Funktionsweise sozialistischer Wirtschaften. Unter dem Zwang der Leistungsbilanzbeschränkungen sind die zentralen Behörden in den Oststaaten in den letzten 10 Jahren gezwungen worden, exportorientierte Programme zu entwickeln. Leistungsbilanzverbesserungen konnten jedoch vorwiegend nur durch Importbeschränkungen und nicht durch wesentliche Exporterfolge erzielt werden.

Wenn wir nämlich von den exportorientierten handelspolitischen Willensbezeugungen der Parteiführungen und der Regierungen der Oststaaten absehen, dann müssen wir feststellen, daß die sozialistischen Staatsunternehmen selbst wenig Anreize entwickeln, nachfragegerecht zu produzieren, den technischen Fortschritt zu initiieren, die Arbeitsproduktivität und die allgemeine Effizienz zu steigern und auf dieser Grundlage auch auf internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu werden.

Dies hat nichts oder wenig mit den Fähigkeiten der Manager der Staatsbetriebe und auch nicht mit der Qualifikation oder Arbeitsmoral der Belegschaften zu tun. Vielmehr sind die negativen Erscheinungen, die heute auch von den Parteiführungen der meisten dieser Länder nicht bestritten werden, mit der Funktionsweise eines hochzentralisierten, direktiven Planungssystems vorwiegend quantitativer Prägung, ohne funktionierende ökonomische Mechanismen, wie reelle Preise, Zinsen, Wechselkurse und konvertible Währungen verbunden.

Das ist auch der Grund, weshalb die meisten sozialistischen Länder grundlegende Wirtschaftsreformen für unumgänglich halten. Aber selbst in den Ländern, wo die gröbsten Auswüchse eines zentralisierten, stalinistischen Planungs- und Verwaltungssystems bereits beseitigt wurden, wirken die negativen Folgen weiter nach. Die verzerrte Preisstruktur führt zu Subventionen und Stützungen und andererseits zur

Abschöpfung unberechtigter Zufallsgewinne. Der Staat als Eigentümer, der nichts so sehr fürchtet, als zornige Arbeiter in den Betrieben, hält auch verlustbringende Unternehmen weiter über Wasser und behindert dadurch den so notwendigen Strukturwandel der Wirtschaft. Zugleich zeigt es sich, daß eine rein technokratisch konzipierte Wirtschaftsreform, die hinter verschlossenen Türen ausgearbeitet und von den Parteiführungen aufoktroyiert wird, von der Bevölkerung nicht verstanden und akzeptiert werden kann.

Daher sind grundlegende Reformen nur im Zusammenspiel mit politischen Reformen möglich. Die Parteiführungen der meisten Oststaaten, die um ihre unumschränkte Monopolmacht im politischen Bereich fürchten, schrecken vor wirklichen politischen Reformen zurück. Je schwächer der Rückhalt dieser Parteien im eigenen Volk, desto mehr müssen sie fürchten, daß eine politische Reform sie selbst als Machthaber beseitigen würde. Aber selbst dort, wo man sich für den Weg von gleichzeitigen ökonomischen und politischen Reformen entschließt, da alle anderen Möglichkeiten bereits ausgeschöpft wurden, ist der Weg in eine funktionierende, demokratische und zugleich sozialistische Marktwirtschaft dornig, langwierig und mit Gefahren und Rückschlägen verbunden. Es gibt keinen einfachen Ausweg aus der Sackgasse der stalinistischen Parodie einer sozialistischen Wirtschaft. Die politischen Instabilitäten, die mit der so notwendigen Umwandlung verbunden sind, machen Prognosen über die weitere Perspektive der Ost-West-Beziehungen nahezu unmöglich. Hinzu kommt, daß schwer abzuschätzen ist, wie sich die politische Großwetterlage der gegenseitigen Beziehungen dann entwickeln wird. Bevor sich greifbare Erfolge einstellen können, werden jedenfalls noch Jahre vergehen.

Tabelle 1

Verschuldung der RGW-Länder und Jugoslawiens in konvertibler Währung

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	Milliarden $, zu laufenden Preisen								
Bulgarien									
Brutto	3,5	2,9	2,9	2,9	2,8	4,0	4,7	5,8	7,0
Netto	2,7	2,1	1,9	1,7	1,4	1,9	3,3	4,7	5,9
ČSSR									
Brutto	4,9	4,6	4,2	3,9	3,5	3,5	4,1	5,4	5,6
Netto	3,6	3,5	3,4	3,0	2,5	2,5	2,9	3,8	4,0
DDR									
Brutto	13,9	14,2	12,5	12,2	11,7	13,2	14,1	15,8	14,8
Netto	11,8	12,0	10,5	8,8	7,2	6,7	6,6	6,8	5,6
Polen									
Brutto	24,1	25,5	26,3	26,4	26,5	30,1	34,1	39,2	38,1
Netto	23,5	24,7	25,2	25,2	24,9	28,5	32,4	36,2	34,7

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
	Milliarden $, zu laufenden Preisen								
Rumänien									
Brutto	9,6	10,2	9,8	8,9	7,2	6,6	6,4	5,7	3,2
Netto	9,3	9,8	9,4	8,4	6,6	6,3	5,8	4,4	2,1
Ungarn									
Brutto	9,1	8,7	7,7	8,3	8,8	11,8	15,1	17,7	17,2
Netto	7,7	7,8	7,0	6,9	7,3	9,5	13,0	16,2	16,0
Osteuropa									
Brutto	65,1	66,1	63,3	62,5	60,5	69,3	78,5	89,7	85,8
Netto	58,6	59,9	57,4	54,0	49,8	55,4	63,9	72,1	68,2
UdSSR									
Brutto	23,5	25,3	26,2	24,5	21,4	25,2	30,5	29,8	28,8
Netto	14,9	16,6	15,9	13,6	10,1	12,1	15,6	15,7	14,9
RGW-Banken	4,5	3,9	3,6	3,5	3,6	4,1	4,2	5,1	4,8
RGW									
Brutto	93,1	95,2	93,1	90,5	85,5	98,6	113,2	124,6	119,4
Netto	78,0	80,4	76,8	71,0	63,5	71,6	83,8	92,9	88,0
Jugoslawien									
Brutto	16,5	17,4	18,5	19,0	19,1	19,2	19,4	20,0	19,6
Netto	13,7	14,7	16,4	16,9	16,5	16,2	17,1	17,8	16,3
RGW & Jug.									
Brutto	109.6	112,6	111,6	109,5	104,6	117,7	132,5	144,6	139,0
Netto	91,7	95,1	93,3	87,9	80,0	87,8	100,8	110,7	104,3

Quelle: WIIW in Zusammenarbeit mit Kurt Mauler, OeNB.
Polen, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien – offizielle Angaben für Bruttoverschuldung, Netto = Brutto minus Guthaben bei westl. Banken laut BIZ; übrige Länder Schätzung.

Tabelle 2
RGW-Länder und Jugoslawien: Handel mit westlichen Industrieländern

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988 geschätzt
	Millionen US $						
Bulgarien[1]							
Export	1.299	1.267	1.167	1.136	984	1.078	1.101
Import	1.917	1.712	1.754	2.080	2.349	2.479	2.571
Saldo	–618	–445	–587	–944	–1.365	–1.401	–1.469
ČSSR							
Export	2.777	2.709	2.782	2.763	3.207	3.578	4.090
Import	2.920	2.734	2.586	2.699	3.472	4.106	4.530
Saldo	–143	–25	196	64	–265	–527	–440

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988 geschätzt
				Millionen US $			
DDR[2]							
Export	6.298	7.102	7.462	7.595	7.904	7.994	8.440
Import	5.507	6.219	6.651	6.703	7.671	7.963	8.300
Saldo	791	884	811	892	233	31	140
Ungarn[1]							
Export	2.527	2.875	2.971	2.629	2.917	3.517	4.027
Import	3.215	2.928	2.826	3.170	3.639	4.070	4.068
Saldo	–588	–53	145	–541	–722	–553	–41
Polen							
Export	3.649	3.757	4.059	3.982	4.094	5.080	6.150
Import	3.154	3.055	3.136	3.494	3.703	4.313	5.390
Saldo	495	702	923	488	391	766	760
Rumänien[3]							
Export	3.410	3.675	4.298	3.773	3.707	3.700	4.200
Import	1.934	1.448	1.576	1.470	1.472	1.400	1.400
Saldo	1.476	2.227	2.722	2.303	2.235	2.300	2.800
Osteuropa							
Export	20.060	21.385	22.739	21.878	22.813	24.948	28.008
Import	18.646	18.095	18.528	19.616	22.306	24.331	26.259
Saldo	1.414	3.290	4.210	2.262	507	617	1.749
UdSSR							
Export	25.935	26.442	26.305	22.319	18.669	22.457	24.038
Import	26.040	25.260	24.164	23.105	22.511	21.940	26.354
Saldo	–104	1.182	2.141	–786	–3.842	517	–2.316
RGW							
Export	45.995	47.827	49.043	44.197	41.482	47.404	52.046
Import	44.686	43.355	42.692	42.721	44.817	46.271	52.613
Saldo	1.309	4.472	6.352	1.476	–3.334	1.133	–567
Jugoslawien[1 4]							
Export	2.883	3.307	3.746	3.715	4.486	5.737	6.483
Import	6.832	5.613	5.360	5.733	7.083	7.259	7.385
Saldo	–3.948	–2.306	–1.614	–2.018	–2.597	–1.522	–902

1 1988 aktuell
2 1988 geschätzt aufgrund der OECD-Statistiken „Serie A“ und „Warenverkehr mit der DDR und Berlin (Ost)“, Statistisches Bundesamt Wiesbaden
3 1987 und 1988 geschätzt aufgrund der OECD-Statistik „Serie A“
4 Ab 1985 zu laufenden US-$/Dinar-Wechselkurs
Quelle: Die Zahlen beruhen auf amtlichen Statistiken in nationalen Währungen, umgerechnet in US-Dollar

Tabelle 3
Leistungsbilanzsaldo der RGW-Länder und Jugoslawiens in Mio. US-$

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
Bulgarien	120	68	175	–356	–1.189	–872	–1.420
ČSSR	–97	221	343	244	–40	–452	–400
DDR	829	1.128	1.093	1.340	843	779	880
Polen	–2.196	–1.341	–1.123	–599	–574	–393	–340
Rumänien	655	922	1.536	915	1.408	1.300	2.040
Ungarn	–78	298	330	–455	1.419	–847	–600
Osteuropa (6)	–767	1.296	2.354	1.089	–971	–353	160
UdSSR	–144	1.502	2.626	–834	–2.148	2.441	–40
RGW (7)	–911	2.798	4.980	255	–3.119	2.082	120
Jugoslawien	–1.788	299	865	344	245	1.037	2.150
RGW (7) + Jug.	–2.699	3.097	5.845	599	–2.874	3.119	2.270

Quelle: WIIW in Zusammenarbeit mit Kurt Mauler, OeNB.

Literatur

Bethkenhagen, J., „RGW und Weltwirtschaft: Konsequenzen zweier Wirtschaftskrisen", in: Höhmann, H. H., Vogel, H. (Hrsg.), Osteuropas Wirtschaftsprobleme und die Ost-West-Beziehungen, Baden-Baden, 1984

Dietz, R., Fink, G., Grosser, I., East-West-Trade in Perspective, WIIW, Reprint-Serie, Nr. 107/1988

Fink, G., „Perspektiven des Ost-West-Handels im Lichte der Leistungsbilanzen", in: G. Bombach und B. Gahlen (Hrsg.), Nationale und internationale Schuldenproblematik (Arbeitstitel in Vorbereitung)

Fink, G., Levcik, F., „Integrationsbestrebungen in Osteuropa", in: H. Glatz und H. Moser (Hrsg.), Herausforderung Binnenmarkt, Wien 1989

Hardt, J. P., Gorbachev's Domestic Economic Strategy and East-West Commercial Connections: An Interpretative Essay, in: International Security Studies Program, The Fletcher School of Law and Diplomacy, Washington D.C. 1988

Levcik, F., „Hat die Wirtschaft Osteuropas Zukunft?", in: Höhmann, H. H., Vogel, H. (Hrsg.), Osteuropas Wirtschaftsprobleme und die Ost-West-Beziehungen, Baden-Baden 1984

Levcik, F., Stankovsky, J., „East-West Economic Relations in the 1970s and 1980s", in: Saunders, C. T. (ed.), East-West Trade and Finance in the World Economy, London and Basingstoke 1985

Levcik, F., Stankovsky, J., „East European Trade Problems: Between the USSR and the West", in: Hardt, J. P., McMillan, Carl (ed.), Planned Economies: Confronting the Challenges of the 1980s, Cambridge University Press, 1988

Stankovsky, J., Starker Rückschlag im Ost-West-Handel, Monatsberichte, Nr. 3/1987 und East-West Trade 1987–89, Slight Improvement in Sight, WIIW, Forschungsberichte, No. 150/1988